

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

## AKTUELL

### UNO-Sonderbotschafter

New York (spk) UNO-Generalsekretär Butros Ghali hat am Mittwoch einen Sonderbotschafter ernannt, der in den baltischen Staaten für einen beschleunigten Abzug der russischen Truppen sorgen soll. Tommy Koh aus Singapur, in seinem Land und in der UNO seit Jahren einer der erfahrensten Diplomaten, soll nach einer Mitteilung vom Mittwoch vom 28. August an Russland sowie Lettland, Litauen und Estland besuchen. Die fortdauernde Stationierung russischer Truppen hat die Beziehungen zwischen Moskau und den baltischen Staaten belastet.

### Hinter Regierung

Tokio (spk) Die neue japanische Regierung Ministerpräsident Morihiro Hosokawas ist nach einer Umfrage mit der höchsten Zustimmungsrates seit Kriegsende gestartet. Wie die Zeitung «Mainichi Shimbun» am Donnerstag berichtete, sprachen sich in einer von ihr am Dienstag in Auftrag gegebenen Telefonumfrage unter 1000 Wählern 75 Prozent für die Acht-Parteien-Koalition aus. Nur 9 Prozent lehnten die neue Regierung ab. Das Bündnis hatte am Montag die seit 38 Jahren alleinregierenden Liberaldemokraten (LDP) abgelöst.

## Weiterbildungsprojekte für Arbeitslose aus Wirtschaftsfonds

Wirtschaftsförderung soll der Erhaltung der guten Rahmenbedingungen dienen – Neufassung des Gesetzes über Wirtschaftsförderungsfonds

(G.M.) – Der Wirtschaftsförderungsfonds des Staates soll in der derzeitigen Wirtschaftssituation mit der anhaltenden Konjunkturschwäche und den zu Tage tretenden Strukturdefiziten einzelner Branchen vermehrt zum Einsatz gelangen. Die Regierung erhofft sich mit der Abänderung des Gesetzes über den Wirtschaftsförderungsfonds die Möglichkeit, in eigener Kompetenz entsprechende Mittel für Fördermassnahmen einzusetzen. Die Kosten für die Weiterbildung von Arbeitslosen, um ihre Vermittlungsfähigkeit in der Wirtschaft zu verbessern, sollen nach einem Beschluss der Regierung vom Wirtschaftsförderungsfonds getragen werden.

Der Wirtschaftsförderungsfonds, der im Moment mit 8,3 Millionen Franken dotiert ist, kann aufgrund der relativ bescheidenen Mittelausstattung im Vergleich zum Volumen der liechtensteinischen Exportindustrie von 2,3 Milliarden Franken oder des Erwerbseinkommens gemäss AHV-Abrechnung von 1,2 Milliarden Franken nur für generelle Hilfeleistungen verwendet werden. Direkte Wirtschaftsförderung für Unternehmen oder Branchen, die unter der Konjunkturschwäche zu leiden haben oder unter dem Zwang eines Strukturwandels stehen, erscheint mit der geringen Dotierung nicht möglich. Obwohl bei der Bildung des Wirtschaftsförderungsfonds im Jahre 1979 die Regierung

die regelmässige Öffnung des Fonds in Aussicht gestellt hatte, wurden die Zuwendungen nur zweimal vollzogen.

### Zielsetzungen klarer formuliert

Die sehr allgemein formulierte Zielsetzung des Wirtschaftsförderungsfonds war für die Regierung offensichtlich der Anlass, die Mittelaufstockung in bescheidenem Rahmen durchzuführen und die Zuwendungen aus dem Fonds zur Wirtschaftsförderung auf ein Minimum zu beschränken. Dass innerhalb von mehr als einem Dutzend Jahren lediglich zweimal 70 000 Franken dem Fonds für Massnahmen zur Wirtschaftsförderung entnommen wurden, lässt nicht gerade auf eine aktive Wirtschaftspolitik der Regierung und zweifellos auch nicht auf viel Phantasie für die Ausrichtung von Förderbeiträgen für innovative Branchen oder Wirtschaftskreise schliessen.

Über ein FBP-Postulat wurde deshalb das Gesetz einer Revision unterzogen, damit die Zielsetzungen des Wirtschaftsförderungsfonds klarer formuliert werden konnten. «Wirtschaftsförderung bedeutet auch Strukturpolitik», erklärte die FBP-Abgeordnete Emma Eigenmann im Landtag und forderte: «Es ist daher unbedingt notwendig, die Zielsetzungen, die unser Land im Bereich der Wirtschaft verfolgen will, festzulegen. Nur so können die Mittel des Wirt-

schaftsförderungsfonds gezielt eingesetzt werden.»

### Keine dirigistische Einflussnahme

An Vorstellungen über den Einsatz staatlicher Förderungsmittel fehlte es bei der Bildung des Wirtschaftsförderungsfonds nicht, doch wurden sie in der Folge entweder vom Tisch gewischt oder sie fielen in Vergessenheit. Das Fehlen eines frei verfügbaren Reservefonds zur Milderung kurzfristig eintretender Konjunkturerlöse und unmittelbar absehbarer wirtschaftlicher Schwierigkeiten in einzelnen Branchen erachtete die Regierung, wie sie in einem Bericht an den Landtag festhielt, als Mangel. Zwar stellte die Regierung in Abrede, dass sie eine dirigistische Einflussnahme des Staates befürworte, doch gab sie zu verstehen, dass «eine beschränkte Hilfestellung des Staates zur Milderung wirtschaftlicher Schwierigkeiten im Interesse einer langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen nicht von der Hand zu weisen» sei.

Auch im Rahmen der von der FBP-Fraktion angeregten Revision des Gesetzes über den Wirtschaftsförderungsfonds betonte die Regierung erneut, dass sie keinen Eingriff in die freie Marktwirtschaft beabsichtige, sondern dass liechtensteinische Wirtschaftsförderung weiterhin darin zu bestehen habe, «günstige Rahmenbedingungen» anzubieten.

### Hilfe für Arbeitslose

Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit beschloss die Regierung bereits Ende Mai eine Reihe von Massnahmen, um die Arbeitslosigkeit eindämmen zu können. Unter den Massnahmen figurieren auch die Aus- und Weiterbildung von Arbeitslosen, um ihre Vermittlungsfähigkeit zu verbessern. Die Kosten, die aus diesen Bildungsangeboten entstehen, sollen nach dem Beschluss der Regierung vom Wirtschaftsförderungsfonds getragen werden. Dabei betrifft diese Abgeltung nur kurzfristige Weiterbildungsförderung, während längerfristige Ausbildungen über das Stipendienwesen finanziert werden sollen.

### Weitere Massnahmen?

Weitere Massnahmen sind bislang nicht bekanntgeworden, doch würde die Neufassung des Gesetzes über den Wirtschaftsförderungsfonds eine Reihe von konkreten Möglichkeiten bieten. Als förderungswürdige Massnahmen erwähnt das Gesetz neben der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie der Umschulung zur Verbesserung der beruflichen Mobilität auch «Imageförderung des Wirtschaftsstandortes» und «Standortpromotion». Möglich wäre auch die Ausrichtung von Beiträgen an Institutionen zur Wirtschaftsförderung sowie Beiträge an Massnahmen für Härte- und Notfälle.

## Ingenieure in Liechtenstein: Ausbildung und Arbeitsmarkt

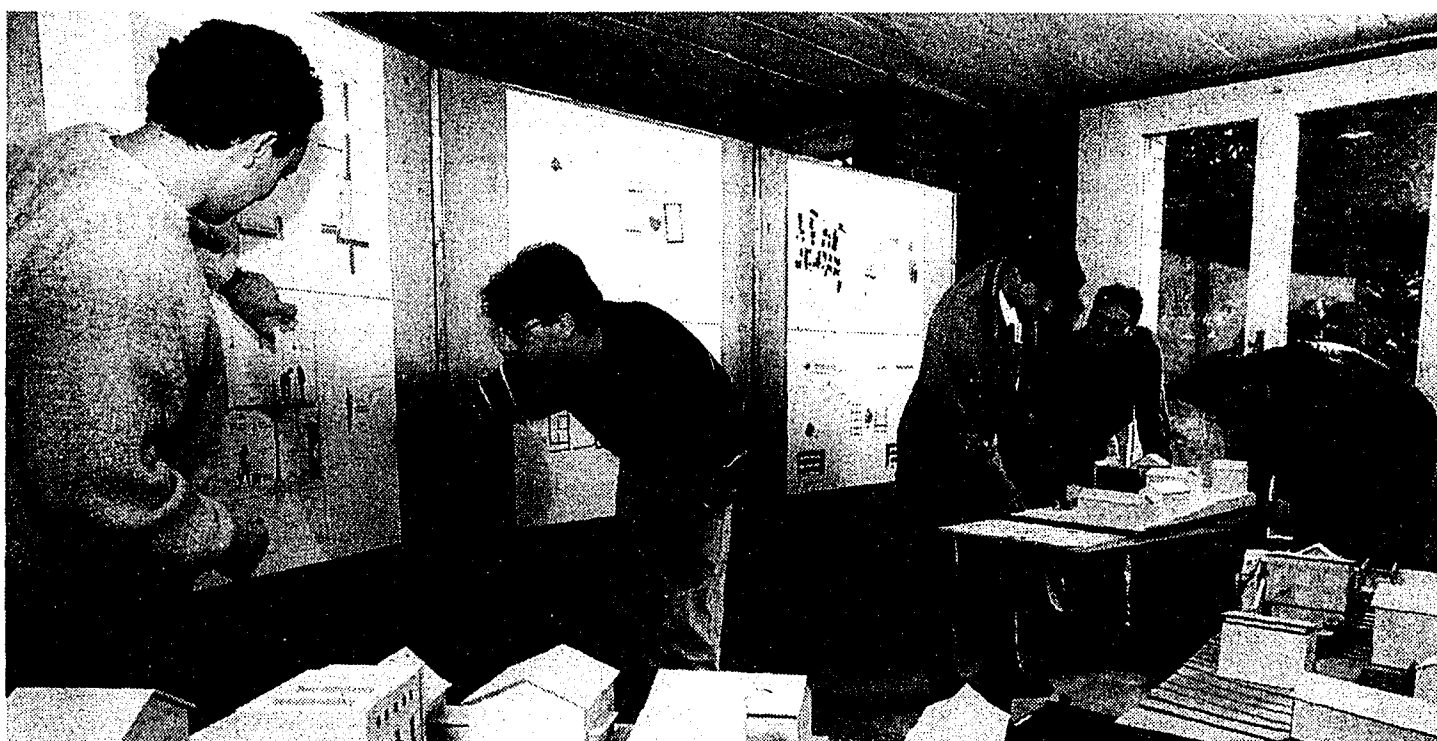
Verschärfte Arbeitsmarktlage für junge Ingenieure – Nachwuchssituation und Bildungssystem bei LIS Vaduz und NEU-TECHNIKUM Buchs

(s.e.) – Das schweizerische Bundesamt für Statistik veröffentlichte kürzlich Zahlen zur Beschäftigungs- und Nachwuchssituation im Ingenieurbereich. Daraus ist ersichtlich, dass auch ETH- und HTL-Absolventen in Zeiten der Rezession verstärkt den harten Kampf am Arbeitsmarkt zu spüren bekommen.

Das Blatt hat sich gedreht: jahrzehntelang wurden Sorgen über einen bestehenden oder drohenden Mangel an Ingenieuren geäussert. Die Wirtschaft forderte von den «Ingenieurschmieden» mehr Nachwuchs. Hat die Rezession nun dieses Problem beseitigt? Wie sieht die Beschäftigungssituation für Ingenieure in der Region aus?

Aufgrund des besonderen Systems der studienintegrierten Praxis (berufsbegleitend) ist die Arbeitslosigkeit bei der Liechtensteinischen Ingenieurschule Vaduz LIS kein Thema von primärer Bedeutung. Studierende müssen, wenn sie an der LIS studieren wollen, eine einschlägige berufliche Tätigkeit vorweisen können, die mindestens 50 % der üblichen Arbeitszeit beträgt.

Bei den sogenannten vollzeitlichen Schulen sieht die Situation etwas trüber aus: am NEUTECHNIKUM BUCHS beispielsweise werden rund 1/3 der Ab-



Seit 1963 wird an der LIS Architektur unterrichtet. Daneben werden weitere Diplomalergänge in den Bereichen Bauingenieurwesen, Maschinenbau und Wirtschaftsinformatik angeboten.

solventen, die im Herbst ihr Studium beenden, keine Ingenieurstelle finden. Im Innern unserer heutigen Ausgabe

bringen wir ein Gespräch mit dem Rektor der Liechtensteinischen Ingenieurschule LIS, Klaus Näscher. Morgen

Samstag folgt dann zum gleichen Thema ein Beitrag mit NTB-Direktor Josef Braun.

## In Österreich droht Rausschmiss

Wien (spk/dpa) In Österreich schlagen die politischen Wellen hoch. Es ist bekanntgeworden, dass 103 000 Ausländern der Rausschmiss droht, nur weil sie zu kleine Wohnungen haben.

Das neue Aufenthaltsgesetz für Ausländer in Österreich verlangt wenigstens zehn Quadratmeter Wohnraum pro Person. Das ist ein unerreichbarer Wohnkomfort für knapp 20 Prozent aller Gastarbeiter.

«Ausländer sind doch keine Versuchskaninchen», empört sich Caritas-Direktor Helmut Schüller. «Ausländer raus» und «Schleichts euch», titelte das Nachrichtenmagazin «Profil». Auch das Magazin «News» stellt am Donnerstag fest: «Österreich wird zur Festung.» Selbst das Boulevardblatt «Kurier» wettert gegen das «Gesetz mit eingebauter Schikane».

Nur Innenminister Franz Löschnak steht «seinen Mann»: Das Gesetz sei gut, Härten träten nur vereinzelt auf. Im übrigen seien die Bundesländer schuld, wenn sie die Vorschriften falsch anwendeten. Er sei doch nicht «der Watschenmann» (Zielscheibe) des Ministers, der für schlechtgemachte Gesetze geradestehen muss, konterte Wiens Bürgermeister Helmut Zilk.

Nach der Ankündigung zahlreicher Politiker, man werde die gesetzlichen Vorschriften doch nicht so rigoros handhaben, droht die Affäre zu einem rechtspolitischen Skandal auszuweiten. «Politiker, die nun überlegen, den Vollzug augenzwinkernd ein wenig laxer zu gestalten, treiben die Auflösung staatlicher Ordnung voran», warnt die angesehene Zeitung «Der Standard» am Donnerstag.

## Gegen Amtszwang bei Proporzahlen

St.Gallen (spk) Die St.Galler Regierung will die immer wieder auftauchenden Diskussionen um den Amtszwang bei Proporzahlen in Gemeindeparlamenten ein für allemal beenden. Sie schlägt eine Aufhebung der Bestimmung in der Verfassung vor.

Die Kantonsregierung will vom Amtszwang allerdings nur bei Proporzahlen auf Gemeindeebene abrücken, was die Städte Rorschach, St.Gallen und Wil betrifft. Diese sind mit dem Antrag denn auch einverstanden, wie der am Donnerstag dem Grossen Rat zugeleiteten Botschaft zu entnehmen ist.

In solch städtischen Verhältnissen stellen sich immer genügend Kandidierende zur Verfügung. Zudem sei selbst bei einem Rücktritt während der Amtsdauer die Nachfolge dank des Proporzverfahrens bereits geregelt.

## Dachverband rechtfertigt hohe Gewinne der Banken

Gutes Zeichen für Wiederaufschwung der Schweizer Wirtschaft erblickt

Basel (AP) Den Schweizer Banken geht es im Unterschied zur Gesamtwirtschaft derart gut, dass sich die Bankiervereinigung zu einer Rechtfertigung für die hohen Gewinne veranlasst sieht. In einer Mitteilung vom Donnerstag wertet der Dachverband der Banken die Halbjahresergebnisse der Banken zugleich als gutes Zeichen für den Wiederaufschwung nach drei Rezessionsjahren in der Schweiz.

Elemente einer «Gewinnexplosion» seien in den positiven Ergebnissen des ersten Halbjahres nicht enthalten, heisst es in der Stellungnahme. Die ohnehin vergleichsweise tiefen Bilanzrenditen der meisten Banken hätten sich nur im Bereich einer Stelle hinter dem Komma verbessert. Nicht zu vergessen sei zudem, dass wohl auch in diesem Jahr einzelne Banken keine oder nur geringe Gewinne erzielen könnten. Nichts deutet

darauf hin, dass die erzielten Ertragsverbesserungen auf Kosten des Bankpersonals erzielt worden seien. Die meisten Banken hätten seit Jahren erhebliche Mittel in die Personalschulung gesteckt und gleichzeitig die Innovation bei den Bankdienstleistungen gefördert. Bloss Strukturhaltung habe keine Zukunft.

Zur Geschäftsentwicklung selber schreibt die Schweizerische Bankiervereinigung, dass die Ertragsverbesserungen im ersten Halbjahr zum allergrössten Teil aus dem indifferenten Geschäft der Banken stammten. Die erfreuliche Entwicklung der Börsenkurse und -umsätze habe steigende Einnahmen im Kommissionsgeschäft bewirkt. Aufgrund der Probleme mit den europäischen Währungen seien auch die Erträge aus dem Devisenhandel stark gestiegen. Hier handle es sich um eine weltweite

Entwicklung, die nicht auf die Schweizer Banken beschränkt sei.

Zur Ertragsverbesserung trug ferner das intensive Emissionsgeschäft bei, das unter anderem auf den steigenden Finanzbedarf der öffentlichen Hand zurückzuführen ist. «Der 'Sonderfall Schweiz' besteht fort und dürfte im weiteren zusammen mit den Währungsunsicherheiten in Europa eine der Hauptursachen für Steigerungen im Vermögensverwaltungsgeschäft, namentlich auch mit der institutionellen Kundschaft, bilden», heisst es in der Mitteilung der Bankiervereinigung.

Was die bei den meisten Banken laufenden Rationalisierungsmassnahmen betrifft, so dürften diese gemäss Bankiervereinigung für die Ertragsverbesserungen nicht überschätzt werden.

**Schauen Sie rein!**

Die ersten neuen Herbstmodelle sind eingetroffen.

**Modehaus Hannelore**

Im Zentrum Kaufin, 9494 Schaan